



NRW-Info



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
IV NRW e.V.

www.bund-nrw.de

BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN Februar 2011

+++ Inhalt: Schwerpunktthema „UN-Jahr der Wälder“ - S. 2-3 +++ Standpunkt: Klima - und Naturschutz - „Zeit zum Handeln!“ - S. 4 +++ Weiter BUND-Widerstand gegen Giftröhre, Im Interview: Dieter Donner- S. 5 +++ Erdgasförderung in NRW, Neue BUND-Solaranlage - S. 6 +++ Energie sparendes Krankenhaus, NRW-Äcker gentechnikfrei, S. 7 +++ BUNDjugend-Bildungsprojekt, kurz+ bund, Impressum - S. 8 +++



Internationales Jahr der Wälder 2011

Internationales Jahr der Wälder

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2011 zum „Internationalen Jahr der Wälder“ erklärt. Anlass auch für den BUND, vor allem die Rolle der Wälder beim Schutz der Artenvielfalt ins Blickfeld zu rücken. Denn der Wald ist nicht primär ein Wirtschaftsgut für die Holzindustrie, er ist vor allem ein Refugium für viele seltene Pflanzen und Tiere. Darunter viele bedrohte Arten wie Luchs, Wildkatze, Rauhfußkauz und Grauspecht. Der Wald hat aber auch eine wichtige Funktion beim Klimaschutz und ist ein unverzichtbarer Erholungsraum für die Bevölkerung.



Ohne den prägenden Einfluss des Menschen wäre Nordrhein-Westfalen praktisch vollständig bewaldet. Heute sind nur noch 27 Prozent der Landesfläche mit Wäldern bewachsen. Ca. 99 Prozent davon werden forstwirtschaftlich genutzt. Und der Wald ist ernsthaft krank. Nur noch ein knappes Drittel gilt aktuell als gesund, was einen historischen Tiefstand bedeutet. Ursache hierfür sind neben forstlichen Fehlentwicklungen die noch immer hohen Schadstoffeinträge aus Straßenverkehr, Industrie und Intensivlandwirtschaft. Mit dem Klimawandel sind neue Herausforderungen zu meistern.

„Nur gewachsene, selbstorganisierte und damit artenreiche Waldökosysteme werden in der Lage sein, sich dem Klimawandel anzupassen, den Rohstoff Holz zu liefern und alle Gemeinwohlfunktionen wie Erholung und Naturschutz zu erfüllen“, sagt der stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. Notwendig sei auch, die Jagd konsequent an den übergeordneten Aufgaben des Arten- und Biotopschutzes auszurichten. Im UN-Jahr der Wälder wird sich der BUND auf allen politischen Ebenen für diese Ziele einsetzen - aber auch durch konkrete Projekte wie das zur Wildkatze. (dj)

Studie zur Wildkatzenpopulation

Die Wildkatze kehrt zurück

Für den BUND ist die Wiederansiedlung der Wildkatze in den rechtsrheinischen Wäldern ein erster Erfolg. Im Auftrag von BUND und Landesamt für Naturschutz (LANUV) hat Wildkatzenexperte Manfred Trinzen Wildkatzenmeldungen aus dem rechtsrheinischen Teil Nordrhein-Westfalens gesammelt. In Kombination mit detaillierten Landnutzungsdaten errechnete er daraus die Kern- und Pufferzonen sowie die am besten geeigneten Verbindungskorridore zwischen den einzelnen Wildkatzengebieten. Im Ergebnis gibt es drei rechtsrheinische Wildkatzenpopulationen und einen

aktuellen Einzelnachweis. Die umfangreichen Daten bilden eine Grundlage für die zukünftigen konkreten Schutzmaßnahmen des BUND.

Im Eggegebirge und dem östlich angrenzenden Bereich zur Weser hin hat sich bereits

vor Jahren eine Wildkatzenpopulation etabliert. Die Experten sind sich einig, dass diese Wildkatzen aus dem östlich gelegenen Solling stammen; entsprechende Korridore über die Weser sind vorhanden.

Die Kernzone der zweiten Population umfasst den zentralen Teil des Arnsberger Waldes. Auch diese Wildkatzen stammen mit großer Sicherheit von der Sollingpopulation ab. Ein Verbindungskorridor verläuft von der Egge bis in den Arnsberger Wald hinein. Vermutlich ist die Wiederbesiedlung des Arnsberger Waldes über diesen Korridor erfolgt.

Die dritte Wildkatzenpopulation befindet sich im Rothaargebirge und liegt zwischen der hessischen Grenze und dem Bereich Bad Berleburg, Erndtebrück, Hilchenbach. Es bestehen geeignete Korridore über die Landesgrenzen zu den Vorkommen in Hessen und Rheinland-Pfalz. Nachdem sich die Bestände dort erholt haben, sind die Wildkatzen offenbar nach NRW eingewandert. Dass sich im Rothaargebirge eine Wildkatzenpopulation in so kurzer Zeit etabliert hat, spricht für die Qualität des Lebensraums. Offenbar werden auch Höhenlagen um und über 600 m besiedelt, die ansonsten für Wildkatzen schon als suboptimal gelten.

Ganz aktuell ist der Nachweis eines überfahrenen jungen Wildkatzenweibchens im Siebengebirge. Die Katze ist vermutlich aus Süden eingewandert. Es gibt in letzter Zeit eine Reihe von Beobachtungen aus dem Grenzraum zu Rheinland-Pfalz und aus dem Bereich um Neuwied. Ein Einwandern wäre daher denkbar, zumal das Siebengebirge nahezu lückenlos über mehrere Waldkorridore mit den Wildkatzengebieten in Rhein-



Foto: T. Stephan

land-Pfalz verbunden ist. Seit Herbst letzten Jahres hat die BUND-Kreisgruppe Rhein-Sieg im Siebengebirge Kameras aufgestellt, um zu beweisen, dass Wildkatzen in dem Naturschutzgebiet leben. Bisher ist aber leider noch keine Aufnahme des scheuen Waldbewohners gelungen. (jb)

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/wildkatze

Senke zu. Die Förderpolitik des Landes muss deshalb vor allem den Zielen eines naturnahen Waldes dienen.

Der BUND will die Landesregierung dabei unterstützen, dass zur Sicherung der Qualitätsstandards der Wälder die international anerkannte Zertifizierung des Forest Stewardship Council (FSC) erfolgt. Das Leitbild des FSC ist die natürliche Waldgesellschaft. Baumarten, Pflanzen, Tiere und Pilze - alles was ohne menschlichen Einfluss im Wald vorkommt - bilden dieses Ökosystem. Diese in Jahrtausenden entstandenen Lebensgemeinschaften sind sehr resistent gegen äußere Einflüsse wie Schnee, Sturm, Feuer oder Klimaveränderungen. Forstbetriebe, die ihre Wälder nach den FSC-Standards bewirtschaften, tragen dazu bei, diese natürlichen Waldgesellschaften zu erhalten oder neu zu schaffen.

Der Waldschadensbericht 2010 der Landesregierung hat deutlich auf das weitere Ansteigen von Waldschäden in NRW hingewiesen. Galten 1984 - der Begriff „Waldsterben“ wurde damals geprägt - noch 59 Prozent des Waldes als frei von Schadmerkmalen, sind dies heute nur noch 32 Prozent - eine dramatische Negativentwicklung. Bei einzelnen Baumarten ist die Lage noch prekärer: Nur 16 Prozent der Eichenbestände waren 2010 gesund.

Der BUND verlangt von Politik und Fachbehörden, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden und den Wald vor weiteren Schäden schützen. Und auch die privaten und kommunalen Waldbesitzer müssen ihrer Gemeinwohlverpflichtung nachkommen und ihre Wälder qualitativ und nachhaltig aufwerten - gemäß dem Grundgesetz: „Eigentum verpflichtet“. (dj, hm)



Naturnaher Buchenwald in der Eifel. Ein Viertel der weltweiten Buchenbestände kommen in Deutschland vor, weshalb wir für deren Erhalt eine besondere Verantwortung tragen.

Foto: D. Jansen

Gemeinwohl vor Intensivnutzung „Eigentum verpflichtet“

Nicht nur die tropischen Regenwälder sind nach wie vor durch den ungehemmten Raubbau weltweit agierender Konzerne bedroht. Auch hierzulande dient der Wald bei vielen Nutzern und Behörden vor allem der Holzproduktion. Deshalb fordert der BUND die Landespolitik, Behörden und Privatwaldbesitzer auf, endlich die Grundlagen für naturgemäße Wälder in NRW zu schaffen und umzusetzen.

Trotz der Ankündigung der Landesregierung, anders als Schwarz-Gelb künftig keinen Staatswald mehr zu privatisieren, sind viele Kommunen weiterhin bereit, ihre Bürger-Wälder an Private zu verkaufen. Dies lehnt der BUND entschieden ab. „Der Wald darf nicht nur einseitig der Holzproduktion dienen“, kritisiert der BUND-Waldexperte Horst Meister. „Schnellwachsende Monokulturen, in erster Linie Fichten, haben in der Vergangenheit vor allem die Gewinne von Waldbesitzern und Holzindustrie vergrößert. Weitgehend standortfremd, in gleich alten Beständen angebaut und besonders sturmanfällig - siehe Orkan Kyrill 2007 - schädigen diese den Boden und führen zu einer Verarmung von Flora und Fauna.“ Der BUND fordert daher, dass Waldwirtschaft künftig so betrieben wird, dass Artenvielfalt Priorität vor Holznutzung hat.

10 Prozent des Waldes sollten aus der Nutzung genommen werden. Angesichts des Klimawandels kommt dem Wald ferner eine entscheidende Funktion als CO₂-



Foto: D. Jansen

Mehr Infos: Horst Meister, Mitglied im BUND-Landesvorstand und Sprecher des Landesarbeitskreises ‚Wald & Stadtbäume‘, horst.meister@bund.net

Bunter Waldbewohner: Der Große Schillerfalter

Die BUND NRW Naturschutzstiftung hat gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V. den Großen Schillerfalter (*Apatura iris*) zum Schmetterling des Jahres 2011 gekürt. Der Große Schillerfalter verbringt sein Leben vor allem in den Baumkronen naturnaher Wälder, in denen auch die Sal-Weide wächst. Diese dient den Schmetterlingsraupen als Futterpflanze. Die Bestände des Großen Schillerfalters gehen in Deutschland zurück, weil junge Weidenbüsche häufig von Förstern entfernt werden, da ihr Holz nur wenig Geld einbringt. Weiden bieten aber auch Larven vieler anderer Insekten Lebensraum und sind für Bienen als erste Nahrung im Jahr von großer Bedeutung.

Mehr Infos: www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de

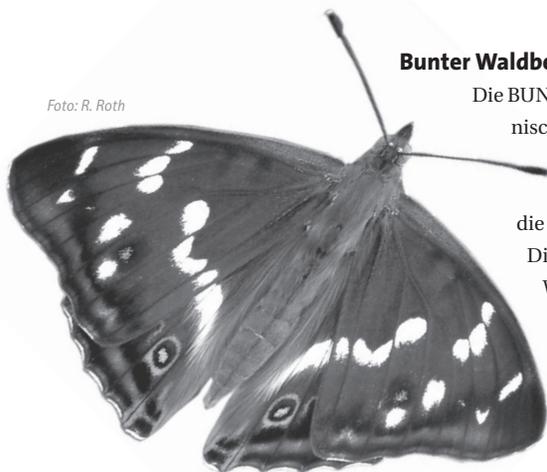


Foto: R. Roth

Klima - und Naturschutz - „Zeit zum Handeln!“

von Paul Kröfges, Landesvorsitzender des BUND



Was haben wir in den letzten Monaten nicht alles zu hören bekommen, vor allem von führenden Exponenten der Regierungsparteien auf Bundesebene: „Ihr seid immer nur dagegen, blockiert, Feinde des Fortschritts“. Eigentlich immer dasselbe Lied, das davon ablenken soll, dass es gute Gründe gibt, sich zu verweigern und zu demonstrieren. Von der Entscheidung, Atomkraftwerke noch länger laufen zu lassen über Planungen zu Großprojekten aller Art bis hin zur wachsenden Anzahl von Massentierhaltungen zur industriellen Fleischerzeugung gibt es viele Entwicklungen, die wir als Umweltschützer zu Recht äußerst kritisch sehen und bekämpfen.

Schaut man genauer hin, so stellt man aber fest, dass der BUND und seine Mitstreiter vor Ort in Wirklichkeit vor allem *für* etwas protestieren, nämlich für das längst fällige Umdenken und Umsteuern in vielen Bereichen. Wir brauchen endlich natur- und klimaverträgliche Methoden der Energie- und Lebensmittelerzeugung und eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die nicht mehr auf Wachstum und Verschwendung setzt, sondern Ressourcen schont, effizient wirtschaftet und eine gerechtere Gesellschaft anstrebt.

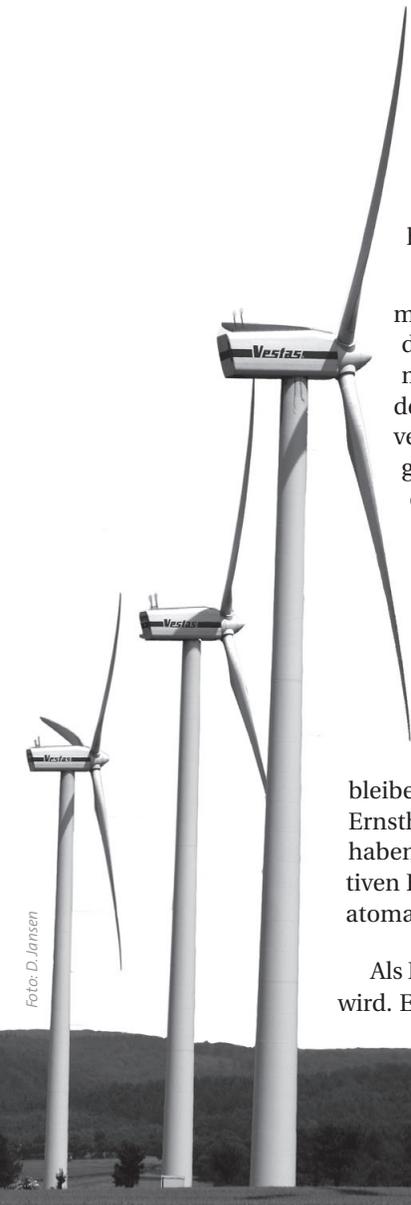
Vor diesem Hintergrund ist dem seltsamen Begriff des „Wutbürgers“, mit dem wir und andere demonstrierende Menschen belegt wurden, zu Recht der des „Mutbürgers“ entgegengesetzt worden. Es war alles andere als blinde Wut, die uns in Berlin, in Stuttgart oder in Datteln auf die Straße oder auch vor die Gerichte gebracht hat. Für uns ist es die begründete Überzeugung, dass es eben auch anders und vor allem besser gehen kann. Diese Botschaft haben wir mit konkreten Konzepten und durchgerechneten Alternativen transportiert, und dabei auf angerichtete Schäden und die dringende Handlungserfordernis wegen des bedrohlichen Rückgang der Biodiversität und der Klimaveränderung hingewiesen.

In NRW haben sich 2010 unter Rot-Grün Chancen für wirkliche Fortschritte ergeben, die wir nutzen müssen. Dies gilt vor allem mit Blick auf das von uns angeregte Klimaschutzgesetz. Es liegt in der Natur der Sache, dass hier Konflikte aufbrechen. Auch die Nutzung von Wind, Wasser, Sonne und Biomasse ist mit Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden. Aber diese sind räumlich und zeitlich begrenzt. Anders als bei der Nutzung von Kohle- und Atomkraft sind die Risiken überschaubar und Ewigkeitsschäden vermeidbar. Bei einer vernünftigen Planung können Konflikte mit dem Naturschutz minimiert oder ausgeschlossen werden. Der Nutzen für das Klima und den langfristigen Erhalt der biologischen Vielfalt liegt dann auf der Hand. Der lange überfällige Umstieg in die emissionsarme, regenerative und dezentrale Energieerzeugung muss deshalb jetzt mit allen Kräften angegangen werden.

Unabhängig ist es dazu, unangemessene Fesseln für die Windkraft zu beseitigen und ein wirkungsvolles Repowering zu ermöglichen. Von den anderen Naturschutzverbänden unterscheiden wir uns in dieser Frage nur noch graduell. So sind wir uns einig, dass es regionalplanerische Festlegungen u.a. von Tabuzonen geben muss. Einig sind wir uns aber auch, dass z.B. ökologisch weniger wertvolle Fichtenmonokulturen nicht länger generell tabu sein sollen. Ferner muss eine Potenzialstudie erarbeitet werden, um unkritische Standorte vorrangig zu nutzen und Wildwuchs zu verhindern. Es ist oberstes Gebot, dass bei allen regenerativen Energienutzungen der Naturschutz nicht auf der Strecke bleiben darf. Wie das im Einzelfall gewährleistet werden muss, debattieren wir derzeit im Verband mit großer Ernsthaftigkeit. Vor allem aber muss die Macht der großen Energiekonzerne endlich gebrochen werden. Diese haben sich zwar - von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt - längst ihre Anteile am Markt der regenerativen Energien gesichert, beeinflussen aber weiter Politik und Öffentlichkeit für den Erhalt ihrer fossilen und atomaren Großstrukturen.

Als BUND treten wir dafür ein, dass die biologische Vielfalt verbessert und Energie naturverträglich erzeugt wird. Ein teilweise schwieriger Spagat, der aber gelingen kann. Am wichtigsten hierbei: Durch Einsparungen und Effizienz muss der Energieverbrauch sinken, und zwar um mindestens 50 Prozent bis 2050. Alle Umfragen belegen, dass es für vernünftiges Handeln in diesem Sinne eine große Mehrheit in der Gesellschaft gibt.

Lasst uns dafür kämpfen, dass wir dazu einen Beitrag leisten und politisches Handeln dieser Mehrheit endlich gerecht wird.



CO-Pipeline von Dormagen nach Uerdingen

Weiter BUND-Widerstand

Auch 2011 sorgt die Bayer-Skandal-Röhre wieder für Schlagzeilen: Mitte Januar wurde bekannt, dass in unmittelbarer Nähe der bereits verlegten CO-Pipeline das Erdreich um 80 Zentimeter eingebrochen ist. Der Vorfall markiert einen weiteren Höhepunkt der langjährigen Auseinandersetzung.

Bereits im Vorjahr hatte Regierungspräsidentin Anne Lütke einen Baustopp verfügt, nachdem die BUND-Regionalgruppe Düsseldorf auf in aller Heimlichkeit und ohne Genehmigung von Bayer durchgeführte Änderungen an der Röhre hingewiesen hatte. Jetzt soll ein neues, ergebnisoffenes Planänderungsverfahren mit umfassender Bürgerbeteiligung durchgeführt werden.

Offensichtlich sind viele technische Fragen ungeklärt, und Bayer tut sich weiter schwer, zur Aufklärung beizutragen. Nicht zur Vertrauensbildung beigetragen haben auch die andauernden Bombenfunde entlang der 67 Kilometer langen Pipeline-Trasse und die zahlreichen Bau- und Planungsmängel.

Auch die Landtagswahl 2010 hat den Bayer-Plänen, hochgiftiges CO-Gas durch die Röhre zu schicken, einen Dämpfer verpasst. Im Koalitionsvertrag schreibt Rot-Grün fest, dass zunächst das der Planung zugrunde liegende Rohrleitungsgesetz zu überprüfen ist. Beide Parteien sehen die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes in Frage gestellt. Neben Sicherheitsfragen soll in einem Dialogprozess mit Bayer die Modernisierung der CO-Produktion vor Ort in Uerdingen als Alternative zu dem hochriskanten Projekt erörtert werden.

Denn die CO-Bereitstellung vor Ort ist längst Realität. In Uerdingen gibt es seit mehr als 50 Jahren eine Koksvergasungsanlage, die den Chemiepark zum größten Bayer-Polycarbonatstandort der Welt wachsen ließ. Mit der Möglichkeit, die CO-Fertigung in Uerdingen auf kostengünstigere Reformer zu modernisieren und die Koksanlage im Standby weiterzufahren, verliert die CO-Leitung jegliche Notwendigkeit.

Eine weitere selbst verschuldete Hürde türmt sich vor der Bayer-Führung auf. Denn der Prozess vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf dürfte schon in der ersten Instanz länger dauern, als Bayer sich das in den schlimmsten Träumen vorgestellt hat. Das liegt nicht an den Richtern, sondern an den Bayer/TÜV-Fehlern sowohl zur Erdbebenproblematik als auch zu den eigenmächtig geänderten Rohrqualitäten. Dazu sind jetzt neutrale Gutachter an der Arbeit.

BUND und Bürgerinitiativen sehen das endgültige Aus für die überflüssige und riskante Röhre immer näher rücken. Das hat mit vermeintlicher Industrieferndlichkeit oder Blockadepolitik nichts zu tun, sondern wäre zwangsläufiges Resultat einer völlig verfehlten Planung. (dd, dj)

Interview: „Chance für bürgernahe Politik“

Die *NRWInfo*-Redaktion sprach mit dem BUND-Aktivisten Dieter Donner aus Hilden über das umstrittene Vorhaben:

Seit Jahren kämpfen Sie gegen den Bau der CO-Pipeline, obwohl sich ursprünglich alle Landtagsfraktionen für deren Bau ausgesprochen hatten. Fühlen Sie sich von der Politik im Stich gelassen?

Ja, verraten und verkauft von der alten Mehrheit aus CDU, FDP und SPD im Landtag. Dort gab es bisher nur in der CDU und SPD einige Aufrechte. Nach der Wahlkatsche für Rüttgers besteht jetzt die Chance auf eine neue bürgernahe politische Kultur in NRW.

Wegen der zahlreichen Planungs- und Ausführungsproblemen will die grüne Regierungspräsidentin jetzt ein ergebnisoffenes Planänderungsverfahren durchführen. Was versprechen sich die Pipeline-Gegner davon?

Wir werden die Bürgerbeteiligung des Verfahrens erst einmal zu einer umfassenden Darstellung der Unzuverlässigkeit von Bayer nutzen; dazu haben die Verwaltungsgerichte als Steilvorlage schon viele rechtliche und sicherheitstechnische Mängel festgestellt. Durch das neue Verfahren werden aber auch neue Klagemöglichkeiten angestoßen. Und wir werden das auch weiter mit öffentlichem Protest medial begleiten. Dafür fühle ich mich als Pressekoordinator vor allem zuständig.



Foto: D.Jansen

Dieter Donner ist Vorstand der BUND-Regionalgruppe Düsseldorf und seit mehr als drei Jahren Pressekoordinator der Initiative „Stopp Bayer-CO-Pipeline“



Foto: BUND-Archiv

Industrie- und Wirtschaftsverbände werfen BUND und Bürgerinitiativen gerne eine reine Blockadehaltung vor. Wie wichtig ist denn tatsächlich die CO-Pipeline für Bayer und den Wirtschaftsstandort NRW?

Selbst die wirtschaftsnahe Rheinische Post hat kundgetan, dass Bayer gar kein CO mehr für die Röhre übrig hat, seit der TDI-Ausbau* in Dormagen entschieden ist. Dort wird in Zukunft die vierfache Menge CO benötigt, und diese Kapazität muss erst noch geschaffen werden. Von Bayer und dem vorherigen Regierungspräsidenten Büssow ist versucht worden, die CO-Pipeline zu einem Symbol für den Wirtschaftsstandort NRW hoch zu stilisieren. Damit wollten beide aber nur ihre Unzuverlässigkeit und ihre Planungsmängel hinter vielen guten Industrieunternehmen und -Projekten verstecken. Aber Büssow, SPD, ist wie Rüttgers, CDU, Geschichte, und wir arbeiten daran, dies auch bald von der CO-Giftrohre sagen zu können.

* Bayer MaterialScience investiert rund 150 Millionen Euro in eine neue Produktionsanlage für TDI (Toluylendiisocyanat) im Chempark Dormagen. TDI ist ein Vorprodukt zur Herstellung von Polyurethan-Weichschaum.

BUND sieht Handlungsbedarf

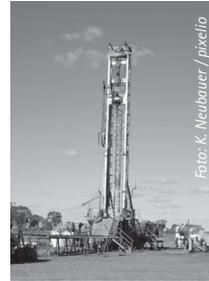
Erdgasförderung in NRW

Goldgräberstimmung in NRW: ExxonMobil und andere Unternehmen wollen mit „unkonventionellem“ Gas in Nordrhein-Westfalen Milliarden verdienen. In den kommenden Jahren will allein der US-Ölkonzern einen dreistelligen Millionenbetrag in die Exploration der vermuteten Erdgasvorkommen investieren. Das Unternehmen schätzt die Vorkommen im nordrhein-westfälischen Gestein auf rund 2.100 Kubikkilometer Gas. Das wäre das zweitgrößte Erdgasvorkommen Europas. Heimlich, still und leise hat die Bezirksregierung Arnsberg bereits 19 Bergbauberechtigungen zur Aufsuchung von Erdgas in NRW erteilt. Die „Claims“ sind also schon abgesteckt. Eine Erkundungsbohrung in Stemwede (Kreis Minden-Lübbecke) wurde genehmigt, weitere in Nordwalde bei Münster sowie in Borken und Drensteinfurt sind geplant. Die Bevölkerung wurde nicht beteiligt und ist zu recht empört.

Im Gegensatz zu den klassischen Lagerstätten ist das unkonventionelle Erdgas in Kohle-, Ton- oder Schiefergestein in großen Tiefen eingeschlossen. Nur mit aufwändiger Technik kann es gefördert werden. Es reicht nicht aus, die Lagerstätte einfach anzubohren, sondern die Gesteinsformationen müssen durch sogenanntes „Hydraulic Fracturing“ - auf Neudeutsch „Fracking“ - zerstört werden, um ein Herausströmen des Gases zu ermöglichen. Dabei werden große Mengen Wasser vermischt mit einem Cocktail von mehr als 200 verschiedenen Chemikalien unter hohem Druck in den Boden gepumpt und anschließend Sprengungen durchgeführt. Als Wasserzusätze werden Xylol, Toluol, Benzol und

andere wassergefährdende Chemikalien eingesetzt. Sie sind toxisch, teilweise Krebs erregend und biozid. In den USA, wo die Technik seit langem eingesetzt wird, sind unzählige Störfälle aktenkundig.

BUND-Aktive wie Maria Koch in Steinfurt halten die potenziellen Gefahren der Förderung aus unkonventionellen Erdgaslagerstätten deshalb für zu hoch und für nicht kalkulierbar. Zusammen



mit besorgten Bürgern fordert sie Umweltverträglichkeitsprüfungen und eingehende wissenschaftliche Untersuchungen noch vor der ersten Probebohrung. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), geschweige denn eine Bürgerbeteiligung, sieht das antiquierte Bundesberggesetz aber für Erkundungsbohrungen erst gar nicht vor. Erst die Gewinnung von Erdgas erfordert eine UVP, aber auch nur dann, wenn das tägliche Fördervolumen 500.000 Kubikmeter Erdgas übersteigt.

Für den BUND-Landesverband ergibt sich daraus die Forderung nach einer grundlegenden Novellierung des noch vom Preußischen Bergrecht von 1865 abgeleiteten Bundesberggesetzes. Eine frühzeitige umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung inklusiver obligatorischer Umweltverträglichkeitsprüfungen muss Pflicht werden. Auch müssen die Grundeigentümer mehr Rechte gegenüber dem bislang eindeutig privilegierten Bergbauberechtigten bekommen. Denn so genannte „bergfreie Bodenschätze“ wie Erdgas sind gemäß Bergrecht nicht Bestandteil des Grundeigentums. Zwangsenteignun-

gen sind nicht vorgesehen. Die Forderung nach einer grundlegenden Novellierung des noch vom Preußischen Bergrecht von 1865 abgeleiteten Bundesberggesetzes. Eine frühzeitige umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung inklusiver obligatorischer Umweltverträglichkeitsprüfungen muss Pflicht werden. Auch müssen die Grundeigentümer mehr Rechte gegenüber dem bislang eindeutig privilegierten Bergbauberechtigten bekommen. Denn so genannte „bergfreie Bodenschätze“ wie Erdgas sind gemäß Bergrecht nicht Bestandteil des Grundeigentums. Zwangsenteignun-



Bürgersolaranlage auf Düsseldorfer Feuerwache

Durch eine beispielhafte Kooperation des BUND mit der Naturstrom AG und der Stadt Düsseldorf konnte jetzt auf der Feuerwache 5 im Norden der Landeshauptstadt eine 51 kW_p-PV-Anlage errichtet werden. 278 Module mit einer Modulfläche von etwa 360 Quadratmetern speisen jetzt etwa 46.000 Kilowattstunden Strom in das öffentliche Netz. Für den BUND ist die Anlage ein weiterer Baustein auf dem Weg zu einem klimaneutralen Düsseldorf.

Das Modell der Bürgersolaranlage macht landesweit Schule. Im konkreten Fall hat die Stadt Düsseldorf die Dachfläche zur Verfügung gestellt, während die Naturstrom AG die Errichtung und den Betrieb der Photovoltaikanlage übernahm. Der BUND und weitere Bürgerinnen und Bürger haben die Anlage finanziert. So können auch diejenigen ohne eigenes Dach oder mit begrenzten finanziellen Möglichkeiten einen wertvollen Beitrag zur Energiewende leisten.



gen zugunsten privatwirtschaftlicher Interessen aber müssten endgültig der Vergangenheit angehören.

Dazu fordert der BUND eine „dreidimensionale Raumordnung und -planung“ ein. Denn schon jetzt sind die Ansprüche an den Untergrund vielfältig. Nutzungskonkurrenzen z.B. zwischen Geothermie, Trinkwassergewinnung, Untertagedeponien, Bergbau und Bergversatz, potenziellen Druckluftspeichern, CO₂-Verpressung und Gasförderung sind unausweichlich. Vorrang müssen dabei der Schutz der Trinkwasserressourcen und die Nutzung der Potenziale der erneuerbaren Energien genießen.

Die bisherigen Bürgerproteste haben bereits Wirkung gezeigt. Sowohl der zuständige Arnberger Regierungspräsident Gerd Bollermann (SPD) als auch NRW-Wirtschaftsminister Harry K. Voigtsberger (SPD) regten eine Überprüfung des Bundesberggesetzes an. Zurzeit werden dazu Gespräche auf Landes- und Bundesebene geführt. (dj)

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projektel

Auszeichnung für Energiesparen

Vorbildliche Krankenhäuser

Der BUND verlängerte im Jahr 2010 das Gütesiegel „Energie sparendes Krankenhaus“ der LWL-Klinik Marsberg, der LVR-Klinik Bonn und des Evangelischen Krankenhauses BETHESDA in Mönchengladbach um weitere fünf Jahre. Diese Auszeichnung erhalten Krankenhäuser, die sich in besonderer Weise um Energieeinsparung bemühen und damit einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Bundesweit tragen 24 Kliniken das Gütesiegel, fünf davon in Nordrhein-Westfalen.



Alle drei Krankenhäuser hatten bereits vor fünf Jahren die Auszeichnung erhalten, da sie den Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid um mehr als 30 Prozent reduziert hatten. Nun wiesen sie

zusätzliche Einsparungen nach: Die LVR-Klinik Bonn senkte ihren Kohlendioxidausstoß um weitere 6,4 Prozent, das Krankenhaus BETHESDA um 9 Prozent und die LWL-Klinik Marsberg sogar um 14,5 Prozent. Insgesamt sparen die drei Krankenhäuser neben den bisherigen 6.417 Tonnen Kohlendioxid jährlich noch einmal 1.110 Tonnen ein.

Die Einsparleistungen sind das Ergebnis vieler verschiedener Maßnahmen zur Energieeinsparung und Energieerzeugung sowie der Modernisierung der gesamten technischen Infrastruktur. Zum Erfolg wird das Konzept aber auch aufgrund der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Krankenhäuser. (jb)

Mehr Infos: www.energiesparendes-krankenhaus.de



22.000 Menschen fordern eine ökologisch bäuerliche Landwirtschaft

„Wir haben es satt – nein zu Gentechnik, Tierfabriken und Dumpingexporten“: Unter diesem Motto haben am 22. Januar in Berlin 22.000 Menschen für eine Reform der Agrarpolitik demonstriert und die Abkehr von der industrialisierten Landwirtschaft und besseren Verbraucherschutz gefordert. Bauern, Umweltschützer, Imker und Verbraucher zogen vom Hauptbahnhof zur Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor. Mit dabei waren neben den Spitzen des BUND-Bundesverbandes und der übrigen Landesverbände auch zahlreiche Vertreter des NRW-Landesverbandes und der NRW-Kreisgruppen.

Mehr Infos: www.wir-haben-es-satt.de



Großer Erfolg

NRW-Landtag votiert für gentechnikfreie Äcker

Der jahrelange, beharrliche und gemeinsame Einsatz von Bauern, Umwelt- und Verbraucherschützern, Imkern, Lebensmittelherstellern und vielen Menschen in Initiativen und Parteien für eine gentechnikfreie Landwirtschaft trägt neue Früchte: Im Januar forderte der NRW-Landtag die Landesregierung auf, sich auf allen Ebenen aktiv für einen gentechnikfreien Anbau und Lebensmittel ohne Gentechnik einzusetzen. Ganz konkret soll die Landesregierung auf landeseigenen Flächen jeglichen Anbau genmanipulierter Pflanzen ausschließen, sich für ein striktes Reinheitsgebot bei Saatgut einsetzen sowie dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beitreten. Für den BUND ist klar: Wir haben einen wichtigen Etappensieg erreicht - für den Naturschutz, für die Landwirtschaft wie für die übergroße Mehrheit der Verbraucher, die Gentechnik auf den Äckern und im Essen ablehnt.

Der BUND begrüßt ausdrücklich das Vorhaben von NRW-Landwirtschaftsminister Rimmel, die Gentechnikfreiheit „als Qualitätsmarke“ aufzubauen und damit zu werben. Die Ausgangsbasis ist gut: Seit mehreren Jahren wurden keine genmanipulierten Pflanzen mehr in Nordrhein-Westfalen angebaut. Bereits 25 Städte und Gemeinden in NRW haben einen Gentechnik-Anbauver-

zucht auf eigenen Flächen beschlossen, ebenso alle Landeskirchen. NRW-weit gründeten Bauern bislang 22 gentechnikfreie Regionen, bundesweit sind es mehr als 200. All sie erhalten nun viel Rückenwind und weitere Motivation. Der Beschluss hat auch Signalwirkung für andere Bundesländer. Allein das Land Thüringen hatte zuvor einen ähnlichen, wenngleich weniger weitreichenden Beschluss gefasst.

Der BUND und seine vielen Gruppen vor Ort setzen sich seit vielen Jahren engagiert für den Erhalt der gentechnikfreien Landwirtschaft ein - mit Anträgen an die Stadträte und Kreistage, Vortrags- und Filmveranstaltungen, Infoständen, Demonstrationen an Genmais-Äckern u.v.m. Hier gilt es nun unbeirrt weiterzumachen. Denn so erfreulich und ermutigend der Landtagsbeschluss auch ist: Im Jahr 2011 droht bereits neues Ungemach, u.a. die Neuzulassung des Genmais MON810 und weiterer Gentech-Sorten auf EU-Ebene und Änderungen in deutschem Gentechnikrecht. Der BUND wird sich weiterhin auf allen Ebenen behertzt einmischen. Von der NRW-Landesregierung erwarten wir nun, dass sie ‚klare Kante‘ gegenüber den Gentech-Lobbyisten in der Bundesregierung und in Behörden und Wirtschaftsverbänden fährt. (rb)

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik

BUNDjugend-Bildungsprojekt Multiplikatoren startbereit

Die erste Fortbildungsreihe des neuen Bildungsprojekts der BUNDjugend „Einfach ganz ANDERS – Bildung für Nachhaltige Entwicklung an Ganztagschulen“ ist erfolgreich abgeschlossen. 18 hoch motivierte Absolventen freuen sich jetzt auf den Start ihrer Arbeit in den Schulen. Das vom Umweltministerium geförderte Projekt „Einfach ganz ANDERS“ versteht sich als Erweiterung des etablierten BUND-Projekts „Umweltbildung in der Offenen Ganztagschule“. Globale und soziale Aspekte ergänzen jetzt das Themenspektrum. Gemeinsam mit dem Projektpartner *Eine Welt Netz NRW* sollen so Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I an Zukunftsthemen wie Klimagerechtigkeit, Lebensstile, Ressourcennutzung und Solidarität herangeführt werden.

Die Fortbildung fand an drei Wochenenden im November und Dezember 2010 in Münster statt. Mit er-

lebnisreichen Aktionen, tiefgreifenden Diskussionen, spannenden Präsentationen und vor allem viel Spaß an der Sache wurden die Lerninhalte vermittelt. Ganz nach dem Motto „Learning by Doing“ wurden Methoden zur Vermittlung von BNE-Inhalten in praktischen Übungen erlernt. Die Teilnehmenden entwickelten ihr eigenes Bildungskonzept und konzipierten in Kleingruppen eine Lehrinheit, die dann praktisch erprobt wurde. Außerdem ging es trotz der eisigen Temperaturen raus auf die Straße, um an einer praxisorientierten Einführung in die konsumkritische Stadtführung teilzunehmen. Hier wurde unter anderem vor H&M der Weg einer Jeans aufgezeigt, den diese zurücklegt, bis der Verbraucher sie in Deutschland kaufen kann.

Im März 2011 wird die Fortbildungsreihe in Essen und im September in Bielefeld wiederholt. In Recklinghausen besteht im November zusätzlich das Angebot, für Lehrkräfte und pädagogisch geschultes Personal, ein Kompaktseminar zu absolvieren. Auch zu dem Thema „Umwelt-Agenten in Ganztags-Grundschulen“ gibt es weiterhin Seminare. (bl)

Multiplikatorenschulung im Rahmen des BUNDjugend-Projektes. Mehr Infos: www.einfachganzanders.de



+++ kurz und bund +++

► **BUND wächst:** Im Jahr 2010 stieg die Mitgliederzahl im Landesverband um mehr als 5 Prozent auf insgesamt 20.825 an. Natur- und Umweltschutz bleiben also auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wichtige Themen für die Bevölkerung. Die steigende Mitgliederzahl ist aber auch ein Zeichen dafür, dass die erfolgreiche Arbeit des BUND honoriert und sein politischer Einfluss von immer mehr Menschen gewünscht wird.

► **Vorankündigung Landesdelegiertenversammlung 2011:** Die nächste Landesdelegiertenversammlung des BUND NRW findet am Sonntag, den 10. April 2011 in Essen statt. Die vorläufige Tagesordnung sieht den Rechenschaftsbericht des Vorstands, Berichte, Finanzen, Wahlen und Anträge vor.